

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise
finden in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: 202-201
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: 202-201

Unterredung mit Macdonald.

Locarno ein Schritt. — Die Abrüstung das Ziel.

Genosse Ramsay Macdonald gewährte heute morgen einem Mitgliede der Redaktion des „Vorwärts“ eine Unterredung, in der er zur internationalen Politik folgendes ausführte:

Es gibt in stillen Gebieten Europas, die Macdonald auf seiner Reise berührte, eine Reihe von Anhängern des Friedensgedankens, die im Locarno-Vertrage eine teilweise Regelung nicht ohne Gefahren sehen. Teilweise Vereinbarungen bergen die Möglichkeit anderer Gruppierungen in sich. Statt das Ziel der allgemeinen Befriedung zu erreichen, könnte so eine Teillösung gewisse Gefahren heraufbeschwören. Doch kann durch den Vertrag von Locarno ein Schritt in der richtigen Richtung gemacht werden, wenn er in dem Geiste ausgeführt wird, in dem ihm vorgezeichnet worden ist.

Locarno hat eine lange Vorgeschichte. Ohne die Londoner Konferenz und ohne die Genfer Debatte über den Protokollentwurf der englischen Arbeiterregierung und des französischen Kabinetts Herriot wäre auch der Vertrag von Locarno nicht zustande gekommen. Es besteht in manchen Kreisen die Tendenz, Locarno zu einer Parteiangelegenheit zu machen. Aber es ist ungerecht und falsch, so zu tun, als ob Locarno keine Vorgeschichte hätte und die europäische Friedensorganisation erst mit Locarno begänne. Das wichtigste Ergebnis von Locarno für Europa ist der

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Nur auf diese Art kann Deutschland in die Gesellschaft der Völker wieder aufgenommen werden. Nicht vor dem Eintritt in den Völkerbund, sondern erst mit dem Eintritt in den Bund eröffnet sich für Deutschland der Weg, sich für die Lösung und Klärung aller der Fragen einzusetzen, die ihm besonders am Herzen liegen müssen. Arbeitet Deutschland im Völkerbunde mit, der nicht nur eine Organisation Europas, sondern der Welt darstellt, so kann man mit Zuversicht erwarten, daß die günstige Atmosphäre erhalten und ge-

verhütet erwarten, daß die Atmosphäre vertrauensvoller Zusammenarbeit für eine unabsehbare Zeit aufrechterhalten bleibt. Die Wirkung auf Rußland

hängt vor allen Dingen von Rußland selbst ab. Die russische Regierung denkt immer, daß jede europäische Vereinbarung von England angeleitet und gegen Rußland gerichtet ist. Aber das ist ganz im Sinne einer nationalstaatlichen Bourgeoisiepolitik gedacht. Friedliche Verständigungen unter den europäischen Staaten richten sich keineswegs gegen Rußland. Es hängt nur von Rußland selbst ab, mit Europa mehr und mehr in Verbindung zu kommen. Keine europäische Regierung betreibt den Sturz der gegenwärtigen russischen Regierung. Alle europäischen Staaten suchen wieder in gute Beziehungen mit Rußland zu kommen; sie werden es Rußland überlassen, für sein Heil selbst zu sorgen. — Die britische Arbeiterpartei hält an ihren alten Zielen in dieser und in anderer Hinsicht fest. Sie kämpft nach wie vor für die Befriedung Europas durch Gesamtvereinbarungen, wie sie im Genfer Protokoll niedergelegt waren. Die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft wird die Weiterführung der Entwaffnung

sein. Das Protokoll der Konferenz von Locarno nimmt in nur sehr unbestimmten Worten auf die Entwaffnung Bezug. Es ist die große Aufgabe der Arbeiterparteien, hier anzupacken und dafür zu sorgen, daß baldmöglichst eine wohlüberlegte Entwaffnungskonferenz vom Völkerbunde einberufen wird. Der Gedanke der Entwaffnungskonferenz sollte von der Sozialistischen Internationale aufgenommen werden, und die sozialistischen Parteien aller Länder sollten als ihr wichtigstes nächstes internationales Ziel die Durchführung der Entwaffnung aufstellen. Der Versailler Vertrag hat nicht nur Deutschland, er hat auch den anderen Vertragsmächten Pflichten auferlegt, die innegehalten werden müssen. Deutschland hat einen Rechtsanspruch auf diese Entwaffnung, da ihm der Versailler Vertrag seine Entwaffnung nur als ersten Schritt zu der allgemeinen Abrüstung auferlegte.

Ist es die einstimmige Meinung des Parteitag, daß der demokratische und soziale Charakter der Partei unverbrüchlich und in jeder Situation gewahrt werden muß?

Balkan vor dem Völkerbund.

Griechen und Bulgaren sollen ihre Truppen zurückziehen.
Paris, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerbundsrat hat sich am Montag abend unter dem Vorsitz des Außenministers Briand im französischen Außenministerium zu einer außerordentlichen Sitzung versammelt, um zu dem griechisch-bulgarischen Konflikt Stellung zu nehmen. Die Vertreter der streitenden Mächte sind aufgefordert worden, am Tisch des Rates Platz zu nehmen und Erklärungen über den schwebenden Konflikt abzugeben. Der Vorsitzende des Rates hat daraufhin die Vertreter Bulgariens und Griechenlands befragt, ob ihre Regierungen der Aufforderung nach Zurückziehung ihrer Truppen hinter ihre Grenzen nachgegeben seien. Der Vertreter Bulgariens hat daraufhin erklärt, daß die bulgarischen Truppen nie die griechische Grenze überschritten hätten. Der Vertreter Griechenlands erklärte, daß die griechischen Truppen das bulgarische Gebiet räumen würden, sobald die Bulgaren die von ihnen auf griechischem Gebiet besetzten Posten aufgeben würden. Angesichts der widersprechenden Erklärungen vertagte sich der Völkerbundsrat auf eine Stunde. Er beschloß, daß sowohl Griechenland wie Bulgarien ihren Truppen innerhalb 24 Stunden den Befehl zu geben haben, sich hinter ihre Grenzen zurückzuziehen. Innerhalb von 60 Stunden ist der Völkerbundsrat von der Ausführung dieses Befehls in Kenntnis zu setzen. Englische, französische und italienische Offiziere werden sich an die bulgarische und griechische Grenze begeben, um die Erfüllung dieses Befehls zu kontrollieren. Der Völkerbund hat einstimmig diesen Vorschlag angenommen. Der Vertreter Bulgariens hat sofort die Zustimmung seiner Regierung gegeben, während der Vertreter Griechenlands zwar keine Einwendungen erhob, aber erklärte, daß er erst nach einer Rückfrage bei seiner Regierung seine Zustimmung geben könne. Hierauf wurde die Sitzung auf Dienstag vormittag 11 Uhr vertagt.

In Gnaden aufgenommen.

In Rom wie in Moskau.

Rom, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Aus Anlaß des Jahrestages des Marsches auf Rom hat das faschistische Direktorium den Abg. Barbicini wieder in die Partei aufgenommen. Außerdem wurde der faschistische Parteisekretär von Rom Folschi, der während der Konferenz von Locarno wegen der Vorfälle in Florenz abgesetzt worden war, wieder in sein altes Amt eingeführt. Der Beschluß wird damit begründet, daß die beiden rehabilitierten Faschisten Disziplinärunterschiede gegenüber den Parteigewaltigen bewiesen haben. Barbicini war früher Faschistenführer in Piacenza. Von diesem Amt wurde er infolge blutiger Zwischenfälle nach dem Word an dem kriegsverletzten Cuerta aus der Partei ausgeschlossen.

Journalisten unter dem Faschistenhieb.

Rom, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung hat den Vorstand des römischen Pressevereins, der aus Antifaschisten bestand, aufgelöst und an dessen Stelle drei faschistische Journalisten als Regierungskommissare zu Geschäftsleitern ernannt.

Die falsche Rechnung.

Was will die Regierung Luther?

Es ist den Deutschnationalen nicht sehr ernst mit der Opposition. Sie sind zwar mit Eklat aus der Regierung ausgeschieden und haben damit das Vertragswerk von Locarno gefährdet. Angesichts der matten Töne der deutschnationalen Presse muß man sich fragen, ob sie nicht insgeheim wünschen, daß das Vertragswerk von Locarno dennoch angenommen werde. Für diesen Fall werden sie dann wieder bereit sein, „Verantwortung“ auf sich zu nehmen, so wie sie sie verstehen. In aller Unschuld rechnet der „Lokal-Anzeiger“ heute morgen vor, wie die Dinge sich weiter entwickeln sollen. Er gesteht, daß die Zollgesetzgebung, der Rechtskurs in der Innenpolitik und in der Wirtschaftspolitik zu große Werte für die Deutschnationalen wären, als daß sie für die Dauer aufgegeben werden könnten.

„Alle Gründe der inneren Politik, alle Gründe der Wirtschaft mahnen gebieterisch, es beim Zusammenarbeiten der bisherigen Regierungskoalition, so loder sie war, zu belassen. Meinungsverschiedenheit besteht über den jetzigen Beschluß der Deutschnationalen. Mag man sich zu ihm stellen, wie immer — daß er aus heißer Sorge um Volk und Vaterland herorgegangen ist, das liegt zutage. Daß Reichskanzler Dr. Luther ebenso heiße Sorge um Volk und Vaterland trägt, wird ihm niemand bestreiten. Wobei man seine Person ganz ruhig wird als Exponenten für die Restkoalition nehmen dürfen. Warum soll man sich dann nicht über diese sachliche Meinungsverschiedenheit hinweg, auch wenn sie bleiben sollte, doch die Hand zu neuer fruchtbarer Arbeit für das Ganze reichen?“

Die Weimarer Koalition hat das ja vor sechs Jahren der Rechten vorgemacht. Auch die Demokraten hielten das Friedensdiktat von Versailles für untragbar und schieden aus der Regierung aus, die eine Zeitlang Zentrum und Sozialdemokratie allein bildeten. Man hielt den Demokraten die Tür zum Wiedereintritt in die Reichsregierung weit geöffnet; tat das vom Standpunkte der Weimarer Koalition aus mit Recht, da trotz der Meinungsverschiedenheit in dieser für Deutschland doch noch ganz anders lebenswichtigen Fragen: Annahme oder Ablehnung des Versailler Friedens? die Gemeinsamkeit der politischen Anschauungen in zahllosen anderen Fragen bestand. Will die bisherige Regierungskoalition tüchtiger, engherziger, doktrinerer sein, als damals die von Weimar?“

Die Linksparteien sollen den Deutschnationalen Ferien von der Verantwortung geben. Sie sollen dem Rumpfkabinett ihre Stimmen für die Unterzeichnung und die Ratifizierung des Vertrages von Locarno geben. Wenn dann die Rekonstruktion des Kabinetts erfolgen muß, werden die Herren Schiele, Reuhaus und Schlieben mit gegengemut und freundlich lächelnder Miene sich als zurückgekehrte Ferienreisende und als Anwärter für die ihnen offen gelassenen Ministerstellen präsentieren.

Ein sauberer Plan! Er ist fast noch schöner wie das famose Handelsgeschäft zwischen Stresemann und den Deutschnationalen über die Annahme der Dawes-Verträge.

Der Reichstag wird bei seinem Zusammentritt vor einer ähnlichen Situation stehen, wie vor der Annahme der Dawes-Verträge. An sich ist im Volke wie auch im Reichstage eine große Mehrheit für die Annahme des Vertragswerkes von Locarno vorhanden. Zwar unternimmt die „Kreuz-Zeitung“ den Versuch, die Notwendigkeit einer Annahme des Vertrages mit verfassungsändernder Mehrheit zu konstruieren. Dieser Versuch ist aber nichts anderes als eine kleine Erpressung. Man will dem Rumpfkabinett Luther die Unentbehrlichkeit der Deutschnationalen demonstrieren und damit neue Anknüpfungen für die Zukunft vorbereiten. Selbstverständlich ist keine Rede davon, daß es zur Annahme des Vertrages von Locarno einer verfassungsändernden Mehrheit bedürfte. Die Stimmen der Linksparteien genügen durchaus, um eine Mehrheit für die Annahme des Vertrages zu sichern.

Aber die Situation ist heute offener als damals vor der Annahme der Dawes-Verträge. Damals waren nur die äußeren Umrisse des Handelsgeschäftes bekannt, das die Deutschnationalen mit ihrer politischen Verantwortlichkeit treiben wollten. Heute weiß jeder im deutschen Volk, was die Teilnahme der Deutschnationalen an der Regierung für die Innenpolitik, wie für die Wirtschaft, wie für die Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes bedeutet. Die offene Sprache des „Lokal-Anzeigers“ beweist, daß dieser verhängnisvolle Kurs fortgesetzt werden soll. Man kann annehmen, daß solche Absichten auch beim Rumpfkabinett Luther nicht ohne Gegenliebe blieben.

Es ist eine falsche Rechnung, wenn das Rumpfkabinett Luther seine Hoffnungen darauf setzt, daß die Sozialdemokratie als stärkste Oppositionspartei bei der Durchführung dieser Pläne Hilfsleistung leisten werde.

Weshalb die Regierung Luther überhaupt, was sie will und welche Möglichkeiten sie hat? Reichskanzler Luther hat unter allen Umständen mit den Deutschnationalen regieren wollen. Er hat auf die Stimmen der Deutschnationalen für den Vertrag von Locarno gerechnet. Diese Rechnung war falsch.

Jetzt rechnet der Reichskanzler Luther auf die Stimmen der Sozialdemokratie. Man spielt in der Presse mit dem Gedanken des Eintritts der Sozialdemokratie in eine große Koalition in diesem Reichstage, ja sogar mit dem Gedanken des Eintritts der Sozialdemokraten in eine Regierung unter Luthers Führung. Diese Gedanken sind unmöglich. Luther ist der Exponent des Rechtsfortes. Er hat als Reichskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt, in der

Nebenwirkungen von Locarno.

Begnadigung hüben und drüben.

Auf Grund einer Verständigung zwischen der deutschen Regierung und der Botshafterkonferenz haben die britische, die französische und die italienische Regierung der Begnadigung der vier deutschen Staatsangehörigen Wobra, Pytlich, Krömer und Maleska, die während der Besetzung von Oberschlesien verurteilt worden sind und sich bis jetzt noch in Haft befanden, zugestimmt.

Eine entsprechende Maßnahme ist von deutscher Seite zugunsten einer gleichen Anzahl von französischen Gefangenen ausgesprochen worden, die von deutschen Gerichten wegen politischer Straftaten verurteilt worden waren.

Sie haben nichts zu sagen.

Strefemann schüttelt seine Freunde von rechts ab.

London, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der „Star“ teilt mit, daß der Reichsaußenminister Dr. Strefemann die alliierten Regierung in offizieller Form hat wissen lassen, daß die durch die Deutschnationalen verursachte Kabinettskrise die Ratifizierung des Vertrages von Locarno nicht gefährden werde.

Die Einweihung des Ebert-Denkmal.

Gesler und Brauns als Vertreter der Reichsregierung
Am 31. Oktober wird das von Professor Peter Behrens entworfene Grabdenkmal für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert auf dem Friedhof in Heidelberg von der Reichsregierung in feierlicher Handlung der Stadt Heidelberg übergeben werden. Da der Reichskanzler verhindert ist, wird der dienstälteste Minister, Dr. Gesler, der zu dem Verstorbenen als dem Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht besonders nahe dienstliche Beziehungen hatte, die Reichsregierung vertreten. Als weiteres Mitglied des Reichskabinetts wird sich der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns an den Feierlichkeiten beteiligen, ferner wird der Staatssekretär beim Reichspräsidenten Dr. Reihner teilnehmen.

Das heffische Zentrum für Wirth.

Nach rechts nicht nachgeben!

Darmstadt, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der am Sonntag abgehaltene Parteitag des heffischen Zentrums nahm folgende Entschliessung an:

Der Parteitag der heffischen Zentrumspartei erklärt sich mit der Politik der Reichs- und Landeszentrumfraktion einverstanden. Er hält es für außerordentlich wichtig, klar und ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Zentrumspartei nach wie vor eine Partei der Mitte ist und sein muß und weder nach rechts oder nach links davon abgewandert werden darf. Der Parteitag spricht auch dem Reichskanzler Dr. Wirth sein volles Vertrauen aus. Der heffische Parteitag erwartet von dem Reichsparteitag, daß hier Wege gefunden werden, die den Wiedereintritt Dr. Wirths in die Reichstagsfraktion ermöglichen. Vor allem muß bei der Behandlung der Locarno-Verträge darauf bestanden werden, daß die bewußte außenpolitische Linie der Zentrumspartei keine in Standpunkte, besonders von rechts, gegenüber in irgend einem Punkt verlassen werden darf. Ferner

Richtung der Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen. Er hat mit diesen Richtlinien einen so völligen Bankrott erlitten, wie ihn nur eine Regierung immer erleiden kann. Und jetzt sollte die Sozialdemokratie Herrn Luther aus allen Verlegenheiten helfen, in die er sich selber hineingebracht hat? Wir nehmen an, daß bei allen falschen Rechnungen, die Luther jetzt aufstellt, er diese falsche Rechnung selbst nicht anstellen wird. Nein, diese Rechnung auf die Unterstützung durch die Sozialdemokratie ist falsch. Die Sozialdemokratie will die Auflösung des Reichstags. Die Auflösung aber will wieder die Regierung Luther nicht. Was will sie denn also? Mit welchen Möglichkeiten kann sie praktisch rechnen?

Spaltung bei den Deutschnationalen.

Wie der Reichsdienst der deutschen Presse erfährt, beschäftigt man sich in parlamentarischen Kreisen der Deutschen Volkspartei eingehend mit der Frage einer eventuellen Spaltung der Deutschnationalen Partei. Man berechnet die Zahl der Abgeordneten, die bei einer solchen Abspaltung und der Bildung einer Art von „Freikonservativen“ in Betracht kämen, auf etwa 35. Die Gerüchte erhalten Nahrung durch die Vermutung, daß die „Kreuzzeitung“ einer solchen Richtung nicht ablehnend gegenübersehen würde, was sich demnächst auch hinsichtlich der Person des Chefredakteurs auswirken soll.

Die Krise des Linkskartells.

Eine gemeinsame Besprechung der Fraktionen.

Paris, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Fraktionen des Linkskartells versammelten sich am Dienstag vormittag, um über die politische Situation zu beraten. Diese Versammlung ist auf Antrag der Sozialisten zustande gekommen, die wie innerlich, eine Interpellation über die finanzielle Lage eingebracht haben. Angesichts der gespannten politischen Situation dürfte diese Besprechung von größter Bedeutung für den Ausgang der schwebenden Krise sein.

Rajkowi Botschafter in Paris.

Er und Kraffin tauschen.

Paris, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Regierung hat ihre Zustimmung zu der Ernennung des bisherigen russischen Botchafters in London Rajkowski zum Botschafter in Paris gegeben. Rajkowski wird am Mittwoch vormittag hier eintreffen und am Abend desselben Tages bei einem Bankett zur Feier des Jahrestages der Anerkennung der Sowjetrepublik durch die französische Regierung den Vorsitz führen. Der bisherige russische Botschafter in Paris Kraffin wird zum Nachfolger Rajkowskis in London ernannt werden. Er wird seinen Posten antreten, sobald der Beschluß der russischen Kommission zur Reorganisation des Außenhandels vorliegt.

Vom Dolchstoß-Prozess.

Die Abg. Kuttner und Landberg als Zeuge.

München, 27. Oktober. (BDZ.)

In der heutigen Verhandlung wurde die Vernehmung des Zeugen Erich Kuttner fortgesetzt. R.-L. Pestalozza geht in seiner Fragestellung auf die von dem Zeugen angeführten Beschwerden der Soldaten über Behandlung, Verpflegung usw. durch das Offizierskorps ein und stellt die Frage, ob der Zeuge die Beschwerden, die ihm zugegangen seien, eingehend geprüft oder ohne weiteres als richtig unterstellt habe. Der Zeuge antwortet, das sei ihm unmöglich gewesen, da er sonst ein ganzes Bureau mit 1000 Angestellten hätte einrichten müssen. Es gebe ein bestimmtes Maß von innerer Wahrscheinlichkeit, wenn er eine persönliche Absicht in den Beschwerden feststellt habe, dann seien sie für ihn erdichtbar gewesen.

R.-L. Pestalozza weist dann auf die Aussage des Majors v. Mantzen hin, der feststellt habe, daß man an maßgebender Stelle allen Beschwerden nachgegangen sei, und daß bei eingehender Prüfung dieser Beschwerden nur eine einzige begründet gewesen sei. Der Zeuge steht auf dem Standpunkt, daß das sehr gut möglich sei. Er habe schon darauf hingewiesen, daß für die Beschwerde-

führer eine gewisse Gefahr bestand, sich öffentlich zu beschweren. Der Zeuge ist der Meinung, daß die Mannschaften mit der Wahrheit aus Furcht vor Strafe zurückgehalten gewesen seien. R.-L. Pestalozza erklärt, daß sich der Zeuge bewußt sein müsse, daß alle diese Fragen wohl lediglich auf der persönlichen Autorität seines Urteils beruhten. Der Zeuge Kuttner antwortet, daß er im Laufe seiner Vernehmung in der Lage gewesen wäre, einen großen Teil seiner Behauptungen mit Originalen zu belegen. Auf die Frage, welchen Eindruck als Grund der eingegangenen Beschwerden er von seinem Standpunkt als vaterlandsliebender Mann gehabt hätte, antwortet Kuttner, er habe den Eindruck gehabt, daß

diese Mißstände eine ungeheure Gefahr für das Vaterland dargestellt hätten. Das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften sei immer gespannter geworden, es sei nicht mehr möglich gewesen, den Kampfesmut aufrechtzuerhalten. Das positive Moment der Begeisterung für das Vaterland sei durch das negative Moment der Verärgerung durch schlechte Behandlung und Verpflegung zerstört worden. Der Zeuge erklärt weiter, daß er es für seine Pflicht erachtet habe, all diesen Gefahren, die für das Vaterland bestanden, entgegenzutreten, wenn ihm die Möglichkeit dafür zur Verfügung gestanden hätte. Aber jede öffentliche Kritik sei unmöglich gewesen, da die Dorsur alle Nachrichten unterdrückt hätte, die sich mit den Verhältnissen an der Front und in der Etappe beschäftigten.

Auf die Frage, ob dem Zeugen bekannt sei, daß die „Süddeutschen Monatshefte“ bereits in früheren Heften ähnliche Klagen in Aufsätzen behandelt hätten, wie sie der Zeuge hier vorgetragen habe, antwortet Kuttner, daß ihm lediglich bekannt sei, daß auch rechtsstehende Persönlichkeiten öffentliche Kritik über die von ihm gleichermaßen angeführten Zustände geübt hätten. Auch von einer Eingabe, die Professor Cohnmann am 29. September 1918 dem bayerischen Kriegsministerium über die

bewußte Unterdrückung der Wahrheit über die Lage an der Front durch die Regierungsstellen eingereicht habe, ist dem Zeuge nichts bekannt.

R.-L. Pestalozza erhebt darauf den Zeugen, bestimmte Angaben über Personen zu machen, die sich zwar Sozialdemokraten nannten, nach seinem Dafürhalten aber nicht auf demselben Standpunkt ständen wie der Zeuge selbst.

Zeuge Kuttner antwortet, man müsse hier zwei Gesichtspunkte unterscheiden: die Frage der Vaterlandsverteidigung und die Frage der Kriegskredite. Er gebe zu, daß bei dem größten Teil seiner Partei und auch bei ihm diese beiden Fragen miteinander identisch gewesen wären. Es habe sich aber eine Bewegung innerhalb der Partei gegen die Kriegskredite bemerkbar gemacht. Es handle sich um die sich dann entwickelnde U.S.P.-Richtung. Er, der Zeuge, halte es aber für völlig falsch, wenn man behaupten würde, daß diese Herren keine Vaterlandsverteidiger gewesen seien. Er selbst habe Kautsky, Haase, Ledebour usw. gekannt. Er habe immer den Eindruck gehabt, daß die U.S.P. den Gedanken der Landesverteidigung immer hochgehalten hätte. Bezüglich der Kriegskredite hätte sie aber auf einem anderen Standpunkt gestanden. Während die Mehrheitssozialisten nicht an den Optimismus der Obersten Heeresleitung glaubten, habe die U.S.P. immer an die Möglichkeit ausgedehnter Eroberungen geglaubt. So sei denn innerhalb der U.S.P. der Glaube stark geworden, daß der Krieg nur noch um der Eroberungen willen geführt werde. Aus diesem Grunde hätte sie sich dann fortgesetzt gegen die Kriegskredite ausgesprochen. Im übrigen hätte sich zwischen der U.S.P. und der S.P.D. bald eine Feindschaft entwickelt, die oft genug in persönlichen Gehässigkeiten ausgeartet sei.

R.-L. Pestalozza fragt: Ist dem Zeugen bekannt, daß namhafte Führer der U.S.P. bewußt zum Vorstoß gearbeitet haben?

Zeuge: Ich verweise auf meine gestrigen Ausführungen in dieser Beziehung, in der oft genug der Name Ledebour gefallen ist. Ledebour ist aber sicher ein größerer Patriot gewesen als mancher andere. Ich selbst habe das Verhalten der U.S.P. immer verurteilt. Ich glaube aber, daß die U.S.P. die große Gefahr ihres Verhaltens nicht erkannt hat. Nicht zuletzt habe das Verhalten der Unheimlichen schließlich zum Zusammenbruch im Jahre 1918 geführt.

R.-L. Dr. Hirschberg legt Vermehrung gegen diese Art der Befragung des Zeugen ein. Es entspann sich eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien. R.-L. Graf Pestalozza erklärte, daß er noch lange nicht fertig sei, da der Zeuge noch kein Wort darüber gesprochen habe, ob er ein eigenes Wissen darüber habe, daß eine bestimmte Vorbereitung zum Umsturz innerhalb des Heeres und der Marine bestanden habe. Der Präsident gab daraufhin die weitere Befragung des Zeugen zu.

Genosse Kuttner erklärte sodann, daß in Berlin eine Kommission der revolutionären Oblique bestanden habe, an deren Spitze der

genannte Emil Barth gestanden habe. Dem Zeugen sei bekannt, daß namentlich Emil Barth auf die Revolution hingearbeitet habe, ihm sei aber auch bekannt, daß an dem Ausbruch der Revolution in Berlin die Barth-Liebke-Gruppe völlig unbeteiligt gewesen sei. Sie hatte beschlossen, am 4. November loszuschlagen. Ledebour hat aber das Losschlagen verhindert. Daraufhin sei als nächster Termin zum Losschlagen der 11. November bestimmt worden. Aber bereits am 8. November seien in vielen deutschen Großstädten die Kämpfe im Gange gewesen, die mit der Ausrufung der Republik endeten.

R.-L. Pestalozza stellt dann fest, daß er den Eindruck gewonnen habe, daß der Zeuge Kuttner nichts von den revolutionären Bewegungen gewußt habe. Auch Dr. Hirschberg greift ein und vermahnt sich gegen die Art der Befragung durch die Gegenpartei. Der Zeuge Kuttner erklärt, er habe als Zeuge ausgesagt, was er wisse. Auf einige Fragen des Klägers, Professor Cohnmann, vermahnt sich der Zeuge dagegen, daß ihm Versicherungen unterstellt werden, die er nie getan habe. Die Auseinandersetzung zwischen den Parteien und dem Vorsitzenden wie auch dem Zeugen über die Wahrung der beiderseitigen Rechte nahmen lebhaftere Formen an, so daß sich der Präsident gezwungen sah, die Befragung des Zeugen für beendet zu erklären.

Zeuge Admiral v. Trotha hält gegenüber der Darstellung des Zeugen Kuttner seine Schilderung über den Verlauf der Unterredung mit Kuttner in der Redaktion des „Vorwärts“ aufrecht.

Obgleich der zunächst geladene Zeuge Wels noch nicht eingetroffen ist, wird der

Reichstagsabgeordnete Cansberg-Berlin

als Zeuge vernommen. Er gibt eine Schilderung der Haltung seiner Partei im Kriege, wobei er u. a. ausführt: Wenn ein Volk wie das deutsche vier Jahre lang gegen die ganze Welt im Felde stand, abgeschnitten vom Ozean und den schwersten Entbehrungen ausgelegt, die sich so ziemlich auf alles erstreckten, was zum Leben notwendig ist, dann könne man sich nur wundern, daß es überhaupt vier Jahre lang ausgehalten hat. Ich glaube nicht, daß man nach irgendwelchen anderen Ursachen des Zusammenbruchs suchen darf. Während des Krieges ist auch von meiner Seite die Behauptung aufgestellt, daß irgendeine Richtungsamerte sei, einen Zusammenbruch herbeizuführen. Trotzdem muß ich offen gestehen, daß ich diesen Angriff erwartet habe, und ich kann mich auf eine Rede beziehen, die ich selbst in einer Fraktionssitzung meines Partei kurz vor dem Zusammenbruch gehalten habe. Es wurde uns damals mitgeteilt, daß sich in allen Teilen des Reiches

der Ruf nach Frieden um jeden Preis erhob.

Ich habe gemerkt, darauf zu hören, und habe erklärt, wir würden es zu büßen haben, denn ich sei überzeugt, daß dieselben Leute, die damals von uns den Frieden verlangten, wenn sie erst die Bedingungen und Auswirkungen des Friedens kennen gelernt hätten, uns den Vorwurf machen würden, daß wir daran schuld seien. Für mich ist diese Dolchstoßlegende derselbe Vorwurf, den die Franzosen 1870/71 ihren Generalen machten, sie hätten ihr Vaterland an Deutschland verkauft. Während des Krieges hat man der Sozialdemokratie nicht nur keinen Vorwurf gemacht, sondern man hat sich ihrer in weitgehendem Maße bedient. Man hat sogar Reichstagsabgeordnete zu den Soldaten sprechen lassen, um ihre Stimmung zu beinflussen.

So sollte ich noch am 8. November per Auto zu den Marine-mannschaften gebracht werden, um sie zu beruhigen. Ich habe in den Zeitungen gelesen, daß hier erklärt worden ist, die Meuterei bei der Marine habe zum Anlaß gehabt, daß die Flotte auslaufen und sich noch einmal zum Kampfe gegen England stellen solle. Ich erinnere mich auf das Bestimmteste, daß mir vom damaligen Chef des Reichsmarineamts, Herrn Ritter v. Mann, versichert worden ist, daß die Meuterei auf einem Irrtum der Leute beruhe. Es ist kein Gedanke gewesen, ihnen das sinnlose Auslaufen zuzumuten. Es hätte ja gar keinen Zweck gehabt, nochmals eine Seeschlacht auszulösen. Der Zeuge fährt fort: Ich sehe der Dolchstoßlegende nicht mit Entrüstung, sondern mit Trauer gegenüber, weil ich überzeugt bin, daß die Vergiftung der politischen Atmosphäre, die durch diesen Vorwurf bewirkt wurde, nicht so leicht beseitigt werden kann.

Der Belagerungszustand in Bulgarien, der am Tag nach dem Attentat in der Kathedrale St. Nedelja verhängt wurde, ist nun aufgehoben worden. Ob das nicht nur ein Formwort, die an der Weißen Terrorherrschaft nichts ändert, wird sich bald zeigen.

Bei der Präsidentschaftswahl in Chile soll Senor Figueroa mit großer Mehrheit gewählt sein.

Hamburger Auswandererhallen.

Von Heinrich Braune.

Die „Beddel“, eine der von Hasenbeden zerhackten und von den Eisenrädern der Brücken mit überkreuzten Hamburger Eisen, zeigt im Süden das typische Bild großstädtischen Bebauungsgebietes. An den grasbewachsenen Straßenseiten strecken sich Hunderte von Kleingärten der Hamburger Arbeiterschaft. Und hin und wieder erheben sich über dem freien Feld die fahlen Quadern niedriger Kesselnblöcke. Mittendrin haben groß und breit die Auswandererhallen der Hapag, der Hamburg-Amerika-Linie ihren Platz gefunden. Irgendwie springen mehr oder weniger klare Beschäfte und Gedankenreihen auf, fast man vom vorbeiziehenden Zug aus an den grauen Wänden in großen Lettern „Auswandererhallen“, oder, wie es jetzt heißt, „Ueberseeheim“. Irgendwie abenteuerliche, ins Weite schweifende Gedanken sind es, die aufstauen, in die sich andererseits wieder ein unbestimmtes Grauen vor unbekanntem Wes, vor der grausamen Macht einer fremden Welt einmischt. Ein bitteres Mitgefühl ist es, das jene Lettern wehen, eine sonderbare Anteilnahme am Schicksal der Unbekannten hinter jenen Wänden. Hier ist der Ort, wo alle, die die Kreise ihrer heimlichen Umwelt verlassen, aus allen Winkeln des Kontinents zusammenströmen, wo ihnen noch in den wenigen Tagen unruhiger, nervöser Erwartung eine Scheinheimat vorgegaukelt wird, wo alle die zu einem letzten Aufenthalt auf dem Festland der alten Welt gezwungen werden, die sich bereits längst von ihm gelöst haben, deren Gedanken drüben in dichtem Urwald oder auf weiter Steppe Luftschiffer haufen.

Diese Gedankenreihen, die jene großen Lettern wehen, bleiben auch vorherrschend, wenn man hinter die Mauern dieser Kolonie kommt. Alles erhält durch sie eine eigenartige Beleuchtung, seinen besonderen Stimmungswert. Dieses Ueberseeheim ist ein Dorf, eine Stadt für sich, mit Kirchen und Synagoga, mit eigenem Krankenhaus und Kino, Alleen und Plätzen, von Pavillons und Hotels begrenzt, in denen 5000 bis 6000 Personen Unterkunft finden. Eine drakonische, aber vom Standpunkt der Hygiene notwendige und wertvolle Ordnung zwingt jeden Quarantänepflichtigen, sich zunächst einer gründlichen Reinigung und ärztlichen Untersuchung zu unterziehen, bevor er in die eigentliche Kolonie übergeführt wird, wo er sich dann frei, ungehindert, Bürger dieser Stadt der Auswanderer, bewegt. Ein sonderbares Lebensmilieu entwickelt sich hier. In der großen Garküche für die Angehörigen der mosaischen Konfession achtet ein Beamter des Rabbinats peinlich genau auf sorgfältige Bereitung der Speisen, und in den großen Sälen hocken zur Mittagszeit Angehörige aller Nationen. In den Straßen zwischen den Pavillons spielen Kinder, schwarzlockige Juden und Slawen mit hochgelben Haaren, Serben und Rumänen. Ihre Sprachen sind einander fremd, aber im Spiel vereinigen sie sich zu friedlicher Eintracht und mütterlicher Verständigung. Auf den Bänken vor den Pavillons sitzen Frauen in bunter Nationaltracht oder in unscheinbaren Tüchern, in sich versunken, den weiten grenzenlosen Blick des Sehens in den Augen. Männer gehen unruhig hin und her, blicken an die Bäume geleht, abwesend in das unbesangene Spiel der Weinen. Die niedrigen Dächer der Pavillons überragt ein Turm mit roten Ziegeln. Die evangelische und katholische Kirche.

Die ewige Lampe dort glüht rot aus dem Dämmer des Schiffes. In der Nähe erhebt sich die Synagoge. Hinten sieht irgendwo ein alter Jude und murmelt, über große Bücher gebeugt, uralte Gebete in heiliger Sprache. Rhythmisches pendelt der greise Kopf beim Lesen von einer Seite zur anderen. Von draußen dringt das laute Rufen der Kinder herein, von dem Platz, wo Sonntags oder vor der Abfahrt der Dampfer sich alles versammelt und die Schiffskapelle, die hier die letzten schweren Stunden durch lustige Weisen überläßt.

Gegenwärtig sind nur wenige Hundert Auswanderer hier anwesend. Die strengen Einwanderungsregeln der Vereinigten Staaten beschränken ihre Zahl außerordentlich. Aber überall auf dem Kontinent kämpfen noch viele, denen die Heimat keine Erfüllung ihrer bescheidenen Wünsche und sorgten Hoffnungen geben konnte, mit der letzten schweren Entscheidung, die der Anschluss bedeutet an den großen Strom der modernen Völkerwanderung, in dem Glauben, daß drüben eine neue, möglichst bessere und glücklichere Existenz winkt. Hier die Auswandererhallen werden der letzte Aufenthalt auf europäischem Boden sein, und für viele wohl die letzten Tage geordneter Zivilisation und Menschenwürdigkeit überhaupt!

„Steppe und Pusta“. Unser Bezirksbildungsamt hat für sein Winterprogramm die sehr glückliche Idee gehabt, internationale Volkstänze und Vieder in einer Reihe von Sonntagsoberanstaltungen vorzuführen. Im großen Saal der Philharmonie finden sie statt. Terpis, der Balletmeister der Staatsoper, arrangiert sie. Die erste brachte Tänze und Vieder der Steppe und Pusta. Vornehmlich Tänze. Ungarische, polnische, rumänische, kroatische, russische und Zigeuner-Reigen, Paar- und Einzeltänze. Irgend was nicht in exakten Kopien, sondern gesehen durch das Temperament von Max Terpis. Also eigentlich moderne Tänze nach volkstümlichen ungarischen, polnischen, russischen usw. Motiven. Ueberseesungen aller fremder Volkstänze in das Deutsch der neuen Körperplastischen Kunst. Ich fürchte zwar nicht, daß unser Publikum unfähig wäre, die echten Tänze mitzuerleben, denn im Tanz spielen Zeit und Rasse nicht die Rolle, die sie etwa in der Poesie oder in den bildenden Künsten spielen. Der Tanz spricht eine allgemeine Sprache, die allen Völkern und Epochen verständlich ist. Aber das Kopieren ist nicht Sache jedes schaffenden Künstlers. Und wenn der Tanz Ausdruck persönlichen seelischen Erlebens ist, der kann fremde Tanzschöpfungen nur als Stoff und Motiv für eigenes Gestalten nützen. Jedenfalls wirkten diese „Uebertragungen“, die Terpis mit dem Ensemble und einigen ersten Solisten der Staatsoper vorführte, nicht wie Kunst aus zweiter Hand, sondern sie rissen das Publikum hin mit der elementaren Wucht ursprünglicher Schöpfungen. Elisabeth Grube (Ungarischer Tanz), Harald Kreutzberg (Tatarischer Tanz), Dorothea Albu (Russische Tänze), Daisy Spieß (Christlicher Tanz) und Ruth Markus (Polnische Mazurka) waren besonders zu nennen. Terpis selber konnte als Tänzer selber nicht mitwirken. Die weiteren Veranstaltungen sollen orientalische (6. Dezember), amerikanische (17. Januar) und deutsche Tänze (7. März) bringen. Bielefeld löst es sich ermöglichen, daß in Zukunft die Szene ein wenig stimmungsvoller ausgestattet wird. Das herblich dürre Bäumchen, das am Sonntag als einsame Fierde auf dem Podium trauerte, wirkte gar zu power. A. S.

Der Kampf um das Nachbarger Kunsthaus. Aus Heffen wird uns geschrieben: Die Universität Würzburg feiert 1927 ihr 400jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß wurde in der Provinz Heffen-Kalssa eine Sammlung unter Kommunen und Privaten veranstaltet, deren Ergebnis zum Bau eines Kunsthauses, das der Universität anzugehörig sein würde, Verwendung finden soll. Inzwischen ist das Geld beisammen; rund eine Million Mark sind aufgebracht worden. Die praktische Ausführung des Vorhabens könnte also beginnen. Nun aber erhebt das preußische Finanzministerium Anspruch auf Planung und Ausführung des Baues, der ein Kunstdenkmal unserer Zeit sein muß. Die Provinz hingegen fordert den freien Wettbewerb aller schaffenden und schöpferischen Kräfte der Bauwelt. Der Arbeitsausschuß der Universität Würzburg, der Oberpräsident der Provinz, Dr. Schwaner, die Stadtverordnetenversammlungen und Magistrat Heffen-Kalssa, um nur Kassel zu nennen, der Bund deutscher Architekten, kurz gefaßt, alle Instanzen der Provinz, die ein starkes heimisches Interesse an der Substanzgabe haben, fordern diesen freien Wettbewerb, gegen den das Finanzministerium sich mit Händen und Füßen sträubt. Warum? Das Ministerium begründet seine Haltung damit, daß es später die Unterhaltungskosten für den Bau zu tragen hätte und daher nur allein am Bau interessiert sein könnte. Die Unterhaltungskosten aber entstehen auf alle Fälle, gleichviel, wer das Gebäude errichtet. Ferner wird behauptet, die Beamten des Ressorts „Baubehörde“ arbeiten schon seit Jahresfrist an dem Entwurf, der zur Begutachtung der Akademie des Bauwesens vorgelegt werden sollte. Bis heute aber ist der Entwurf noch nicht vorgelegt worden, obwohl die Behauptung schon einige Monate zurückreicht. Das Verhalten des Finanzministeriums hat bereits bedenkliche Folgen gehabt. Unter den Säulern macht sich eine tiefe Mißstimmung bemerkbar und man hört bereits von Leuten, die willens sind, ihre Stütze rückgängig zu machen, weil die Behandlung, die der ganzen Angelegenheit in Berlin zuteil wird, den berechtigten Forderungen der Einwohner und der Baukunstler durchaus nicht entspricht. Was den freien Wettbewerb um den Entwurf angeht, sei noch bemerkt, daß es jedem Beamten der Bauverwaltung natürlich freisteht, sich zu beteiligen. Auch die Frage der Bauausführung soll durchaus kein Streitgegenstand sein. Es handelt sich hier nur um den Entwurf zu dem Kunsthaus.

Das Finanzministerium mag sich darauf gefaßt machen, daß auch die Landtagsabgeordneten des heffen-nassauischen Wahlkreises, die bereits über den Gang aller bisher gepflogenen Verhandlungen unterrichtet sind, keine Schritte unversucht lassen, um der Provinz zum Recht zu verhelfen.

Im Verein für Deutsches Kunstgewerbe (Verein für Kunstgewerbe) hat Dr. Max Burdard, Berlin, über „Das Orchester und seine Instrumentation“, mit musikalischen Erläuterungen. Der Vortrag findet im Saal des alten Kunstgewerbe-Museums, Beim-Wendel-Str. 7a, statt. Beginn pünktlich 8 Uhr abends. Eintrittskarten am Saalange. Das Winterprogramm 1925/26 des Vereins wird am 1. November durch Fernsprecher, 2400 1007, fortgesetzt durch die Gesellschaften angehalten.

Spielplan-Veränderung. In der Städtischen Oper wird am Sonntag, den 1. November, 7 1/2 Uhr (Luzern I) „Die Fiedermaus“ gegeben.

Die neue Stadtverordneten-Versammlung.



Die Stadtverordnetenwahlen haben der Viermillionengemeinde an Stelle der bisherigen bürgerlichen Mehrheit eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit gebracht. Von den bürgerlichen Parteien hat besonders die Deutsche Volkspartei einen katastrophalen Rückgang (von 35 auf 14 Mandate) zu verzeichnen. Unfere Statistik gibt eine Gegenüberstellung der Mandatsergebnisse bei den Wahlen von 1921 und 1925, wobei zu berücksichtigen ist, daß 1921 die SPD. und USPD. noch getrennt wählten. Die Wahlbeteiligung war diesmal nur schwach; über 1 Million Wähler gingen nicht zur Urne.

Die Stadtverordneten wählen sich die Stadtverordnetenliste auf die einzelnen Fraktionen folgendermaßen: Sozialdemokraten in den Bezirken 65, Stadtklasse 8, zusammen 73; Deutschnationale 40 bzw. 7, zusammen 47; Deutsche Volkspartei 7 bzw. 7, zusammen 14; Kommunistische Partei 35 bzw. 8, zusammen 43; Demokratische Partei 12 bzw. 8, zusammen 21; Wirtschaftspartei nur auf der Stadtklasse 10; Zentrum ebenfalls nur Stadtklasse 8, Unabhängige 1, Völkische 3, Deutsch-sozialistische 3, Evangelische 2. Insgesamt sind also 159 Stadtverordnete in den Bezirken und 66 auf Grund der Stadtklassen gewählt.

Nach einer Mitteilung des Städtischen Wahlamts bei Redaktions-

Die Abstimmung in den Bezirken.

Bezirk	Soz.	Dnalt.	D. Sp.	Romm.	Dem.	Wirtschft.	Str.
1. Mitte	89 067	27 201	8 244	21 870	15 115	5 112	4 856
2. Tiergarten	38 081	32 859	8 331	19 788	15 238	4 498	6 213
3. Wedding	59 999	20 885	4 123	53 729	9 775	4 768	4 405
4. Prenzlauer Berg	58 933	26 411	5 201	82 692	12 502	4 862	5 085
5. Friedrichshain	56 921	23 950	4 589	42 814	11 117	6 167	5 765
6. Kreuzberg	69 215	39 218	9 284	33 593	15 470	6 406	6 396
7. Charlottenburg	83 779	87 100	12 303	17 817	22 189	5 563	5 392
8. Spandau	19 250	9 687	2 008	5 494	2 217	2 596	1 661
9. Wilmersdorf	18 304	27 078	8 503	4 787	13 074	2 806	2 507
10. Steglitz	16 008	22 716	11 923	6 099	6 879	4 232	2 412
11. Schöneberg	27 526	33 782	10 053	10 159	14 973	4 366	4 046
12. Neukölln	56 123	17 759	5 272	35 185	8 140	6 414	8 213
13. Treptow-Köpenick	25 184	13 779	4 556	16 021	4 099	4 479	2 200
14. Richtenberg	31 498	15 433	8 514	21 140	5 896	8 891	3 242
15. Weißensee-Pankow	86 031	22 815	7 284	32 215	8 837	6 802	3 790

Entwicklung.

Wir sprechen gern vom Zeitakter der „technischen Superlativ“, in dem wir uns befinden. Was man so gern „rasende Entwicklung“ nennt, ist jedoch schließlich nur der Ausdruck unseres Lebensstils, dessen Tempo sich, dies nicht nur speziell genommen, vervielfacht hat. Wenn die Architekten des Jahres 1925 von gigantischen Ueberführungen, Tunnelbauten, Wolkenkratzerprojekten sprechen und Berlins Elektrifizierung in des Wortes wahrster Bedeutung in fast bedrückender Ernsthaftigkeit diskutieren, so ist dieser kühne „Amerikanismus“ doch nur eine Bedürfnisdemonstration der Zeit, die wir nicht erarbeitet haben, sondern die uns als Zwang in den Schoß fiel. Wir haben sehr kühne und wadere Männer gehört, die uns den Potsdamer Platz in fast phantastischer Verdrängung auf dem Papier zeigten, mit Bogenüberführungen, mit Fußgängerbrücken und mit einer idealen Straßenbahn, die nicht eine halbe Stunde auf die Passierfreiheit wartet. Kluge Leute sahen förmlich die Quadersteine in den Himmel wachsen und träumten von einer Revue imposanter Wolkenkratzer, die New Yorks Längenausmaß sozusagen in den Schatten stellen sollten. Was haben wir alles seit der Revolution projektiert, und wieviel Zeit wurde in hitziger Caféhausdiskussion verlorien. Manches verwirklichte natürlich das schmale Budget der wirtschaftlich unerschöpflichen Zeit und der Beiß, der für das Ueberflüssige, wenn es seinen Bedürfnissen entgegenkommt, Geld in Fülle übrig hat, versagt immer da, wo er der Allgemeinheit Förderndes fundieren kann. Wir wollen es doch einmal recht deutlich sagen. Die „Ideenfülle“ Berliner Architektur-Projektmacher bekommt mit der Zeit etwas peinlich Vöcherliches, wenn wir sehen, daß wir die Worte, andere die Taten machen. Es sei nur auf das Hamburger Hochhaus mit seinen kühnen architektonischen Experimenten, auf Frankfurt a. M. und Köln hingewiesen, um zu beweisen, daß in der Provinz Kraft und Ausführung in Berlin leider nur zu oft das große Mundwerk ist. Es ist notwendig, sich selbst von Zeit zu Zeit solche bittere Wahrheiten zu sagen. Selbstzufriedenheit allein macht es nicht. Wir müssen verlieren, mit einem heiteren und einem nassen Auge auf die Niederungen des „Provinzialismus“ herunterzusehen. Leistung ist alles, ob sie nun in Berlin oder Köpchenbroda geschieht. Und darauf allein sollten wir uns einstellen.

Kindesmord einer geistesgestörten Mutter.

Die Täterin bereits verhaftet.

Die 22 Jahre alte Arbeiterin Margot Jahne in Berlin-Rudow, die bis gestern mit ihrem Freund, dem 21 Jahre alten Oswald P., in der Wilmannsstraße 50a in Rudow zusammen wohnte und dem die Wirtin führte, ist wegen Kindesmordes verhaftet worden.

Das Mädchen ist, wie festgestellt wurde, geistig nicht ganz normal. Aus dem Verhältnis mit dem jungen Mann ging vor neun Wochen ein Kind hervor, mit dem die Mutter in der gemeinsamen Wohnung blieb. Nachdem P. gestern morgen nach seiner Arbeitsstelle gegangen war, sah man das Mädchen gegen 9 Uhr das Haus verlassen. Als nun P. abends von der Arbeit heimkehrte, fand er das Kind tot im Bette liegen. Die Mutter hatte es mit einem Selbstmörder erdrückt, dann verschiedene Sachen zusammengewickelt und die Wohnung verlassen. Die Kriminalpolizei vermutete, daß das Mädchen zu seiner Mutter in der Wilmannsstraße gegangen sei. Diese Annahme bestätigte sich. Beamte nahmen das Mädchen heute früh in der Wohnung der Mutter fest. Sie wird dem Amtsgericht Neukölln vorgeführt und zunächst auf ihren Geisteszustand untersucht werden. Wahrscheinlich hat sie in einem Anfall von Geistesgestörtheit gehandelt.

Die Fertigstellung der Berliner Schnellbahnbauten.

Wie wir erfahren, ist mit der Fertigstellung der zurzeit im Bau befindlichen Schnellbahnen, der Verlängerungen der Nord-Süd-Bahn nach Neukölln und bis zum Tempelhofer Feld erst für Februar des kommenden Jahres zu rechnen. Zu diesem Termin dürfte voraussichtlich die Neuköllner Strecke über den Hermannplatz hinaus bis zum Rathaus in Neukölln in Betrieb genommen werden, während von der am Bahnhof Belle-Alliance-Straße abzweigenden Linie der Bahnhof Dreieck-Straße eröffnet werden wird.

Feuerkampf zwischen Kriminalbeamten und Einbrechern.

Gestern abend gegen 8 Uhr kam es in der Langestraße zwischen Kriminalbeamten und einem Einbrecher zu einem Feuerkampf, bei dem der Einbrecher schwer verletzt wurde, so daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Kriminalkommissar Dr. Annuschat und seine Beamten hatten in Erfahrung gebracht, daß einer der Einbrecher, die am 9. Oktober in Nowawes bei einem Einbruch in ein Zigarrengeschäft in der Uhländerstraße von Polizeibeamten überfallen worden und mit ihnen in ein Feuergefecht gekommen waren, in einem Lokal Ecke Kopen- und Langestraße zu verkehren pflegte. Die Beamten holten den Mann aus dem dicht besetzten Lokal heraus. Zuerst ging er anscheinend auch gutwillig mit

In der Langestraße jedoch riß er sich plötzlich los, holte eine Waffe aus der Tasche und drang auf Dr. Annuschat ein, der auf den Einbrecher schoß, worauf dieser zusammenbrach. Eine große Anzahl Leute, die aus dem Lokal herausgekommen waren, um den Verbrecher abführen zu sehen, nahmen jetzt gegen die Kriminalbeamten Stellung. Diese sorgten für die Ueberführung des Schwerverletzten nach dem Staatskrankenhaus in der Scharnhorststraße. Hier wurde ein aus dem Feuerkampf herrührender Bauchschuß ermittelt, ferner aber auch noch eine ziemlich tiefe Schußwunde im Oberarm, die der Verbrecher, der ein gewisser Franz Schrey aus Genslerichen sein soll, bei einem Einbruch in Nowawes erhalten haben soll.

Die erste Probe aufs Exempel.

Im Berliner Rathaus tagte heute vormittag die gemischte Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten über den Erwerb der Hochbahn. Bekanntlich hat nach dem Konzeptionsvertrage aus dem Jahre 1897 die Stadt erstmalig am 5. November 1925 das Recht, ihre Absicht, die Hochbahn am 5. November 1927 zu erwerben, anzukündigen. Macht sie von diesem Rechte Gebrauch und erklärt sie heute ihre Absicht, die Hochbahn anzukaufen, dann ist diese Erklärung rechtsverbindlich und kann nicht rückgängig gemacht werden. Der Kaufpreis richtet sich dann nach den Bestimmungen des Vertrages, der für heutige Verhältnisse überhaupt vollkommen und distanzabel ist. Selbst für die Zeit des Vertragsabschlusses ist es ein starkes Stück, daß die damals regierenden liberalen und freisinnigen Stadtväter einen solchen Halsabschneidervertrag unterzeichneten konnten, der es geradezu darauf abzieht, die Hochbahn für immer in Besitz der privaten Gesellschaft zu lassen. Schon vor Monaten herrschte deswegen in der gemischten Deputation Uebereinstimmung darüber, daß auf Grund dieses Vertrages unter den heutigen Verhältnissen ein Anlauf der Hochbahn gar nicht in Frage kommen könne. Der heutigen Sitzung wurde deshalb allgemein nur formelle Bedeutung beigemessen. Zum allgemeinen Erstaunen verlangte aber der Kommunist Stolt, daß die Stadt sich zum Ankauf der Hochbahn bereit erklären soll. Offenbar hat Herr Stolt so großes Vertrauen in die deutsche Rechtsprechung, daß er eine wesentliche Verbesserung des Vertrages und eine Auslegung zugunsten der Stadt von den Gerichten erwartet. Der neue Kurs der SPD. scheint offenbar darin zu bestehen, daß man der Sozialdemokratie zutraut, alle möglichen Phantastereien mitzumachen, deren Kosten dann die Sozialdemokratie und die Berliner Bevölkerung zu tragen hätten. Auf diese Aussicht verzichteten wir dankend. Die SPD. wird sich schon bemühen müssen, etwas mehr dem Erdboden nahezukommen, wenn sie mit Erfolg im roten Haus Politik betreiben will.

Belze für's Volk.

„Die Nahrung der Kleintierfelle muß dem Erzeuger zugute kommen.“ Dieses Wollen findet seine werbende Unterstützung und seine praktische Durchführung in den Belznährkursen für Fuchterinnen. Welche ungeheuren Verwendungsmöglichkeiten in den Kaninchenfellen stecken, sah man bei der Belzmadenschau des Verbandes Brandenburgischer Frauengruppen, die in der Brunnenstraße, im Lokal von Oswald Berliner stattfand. Der Waderichtung von heute entsprechend präsentieren sich als neuestes Zuchtergebnis die Chinchilla-Kaninchen. Ihr Fell ähnelt wirklich dem der echten Chinchilla. Schwarzes läßt sich hervorragend in Fuchshorn als Belz verwenden, Riesensilber ergeben Biberfell, und andere Felle lassen sich wie Stulps färben. Selbstverständlich werden auch viele Kaninchen, vornehmlich Hermelin, Angora und blaue Wiener natürlich verarbeitet. Als Meisterwerke der Belznährkunst waren Chaiselonguedecken ausgelegt. Eine dieser Decken wurde aus sechzig Fellen hergestellt. Hübsch machen sich auch Belzklissen, wobei erwähnt werden soll, daß manches Fuchsfell aus lauter kleinen Abfällen angefertigt wurde. Geht ein krankes Kaninchen ein, so kann man nicht sein Fell, wohl aber noch das Leder zu Kappen usw. verwenden. Eingefärbt sah man ferner noch, als Damenpelze verarbeitet, Fiegen und Hunde. Ein naturfarben verarbeiteter Hund nahm es, was die Schönheit anbelangt, unbedingt mit seiner wilden Betterschaft Fuchs und Wolf auf.

Der religiöse Sozialismus zur gegenwärtigen Lage.

Der Kreis der „Blätter für religiösen Sozialismus“ veranstaltete vom 18. bis 25. Oktober eine akademische Arbeitswoche in den Räumen der Deutschen Hochschule für Politik. Etwa 150 Akademiker und Studenten aller Berufsstände hatten sich zur Teilnahme eingefunden, unter ihnen auch ein Anzahl Mitglieder der Vereinigung sozialdemokratischer Studenten von der Universität Berlin. Eröffnet wurde die Arbeitswoche durch eine kurze Ansprache des Genossen Karl Rennicke, Direktor des sozial-politischen Seminars Berlin, in der er die Erschienenen herzlich begrüßte und darauf hinwies, daß diese Tagung nicht den Charakter eines Kongresses habe, sondern, daß im wahren Sinne des Wortes akademische Arbeit geleistet werden sollte. Ober-

regierungsrat Dr. Hans Simons bewillkommte in Namen der Deutschen Hochschule für Politik die Teilnehmer mit dem Wunsche, daß auch diese Tagung dazu beitragen möge, über das Technisch-Praktische hinaus politische Arbeit im wahren Sinne des Wortes zu leisten. Gesamthema der Tagung war: Die gegenwärtige Lage und der religiöse Sozialismus. Am ersten Tage sprach Prof. Dr. Paul Tillich (Universität Marburg) über die geistige und religiöse Lage, wobei er ausgehend von der Entstehung des Kapitalismus und dem Geiste der bürgerlichen Gesellschaft die heutige geistig-geistliche Notlage des Proletariats kennzeichnete. Am nächsten Tage erörterte Prof. Dr. Eduard Heimann (Universität Hamburg) die volkswirtschaftliche Lage. Nach eingehenden wissenschaftlichen Betrachtungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, des Klassenkampfes, der Inflation und Zollpolitik kam er zu dem Schluß, daß die heutige Wirtschaftsform den sozialen Erfolg entbehrt. Die weltpolitische Lage beleuchtete Dr. jur. Arnold Wolfers-Berlin, der die neuesten Probleme: Sicherheitspakt, Völkerbund, Abrüstung und Pazifismus einer scharfen politik-wissenschaftlichen Kritik unterzog. Regierungsrat Dr. Adolf Beome (Statistisches Reichsamts Berlin) sprach über die volkswirtschaftliche Lage und am folgenden Tage Direktor Karl Rennicke über die innerpolitische Lage. Das letzte Referat dieser Arbeitsschöpfung hatte Dr. Ullrich Rüstow-Berlin übernommen, worin er die gesellschaftliche Lage erörterte. Den einzelnen Vorträgen schlossen sich eingehende Diskussionen an. Die Tagung fand ihren Abschluß durch eine würdevolle Feier in den Räumen des Festsaals des Reichsamts, wobei man sich über die weitere Arbeit verständigte. Besonders wertvoll für die Arbeiterschaft ist die Arbeit dieses Kreises gerade dadurch, daß hier Menschen, die aus der bürgerlichen Sphäre stammen, mit wissenschaftlichem und feinem Ernst die soziale Not des Proletariats sehen und zu ihnen kommen, um zu helfen. In diesem Sinne war auch das Wort von Professor Heimann zu verstehen: „In einer göttlichen Welt ist Gott am meisten mit denen, die ihn leugnen. Wo große Not ist, ist sicher auch Gott.“

Sonntags-Sonderzug nach Hamburg.

Am Sonntag, den 1. November, verkehrt, ausreichende Beteiligung vorausgesetzt, ein Sonntags-Sonderzug 4. Klasse von Berlin nach Hamburg. Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt bei 33% Proz. Fahrpreisermäßigung von Berlin, Lehrter Bahnhof, 12,80 M. Hin- und Rückfahrt werden auch von Spandau für 12,30 M. und von Nauener für 11,30 M. ausbezogen. Abfahrt ab Berlin, Lehrter Bahnhof, 6,20 Uhr vormittags, Ankunft in Hamburg 11,17 Uhr, ab Hamburg 6,53 Uhr nachmittags und an Berlin 12,30 nachts. An Veranstaltung sind vorgesehen: Führungen durch Hamburg, Hafenrundfahrten, Besichtigung der Hafenanlagen und Werften, Führung durch Hagenducks Tierpark, Mittagessen im Tierpark. — Der Fahrkartenvorverkauf beginnt am Mittwoch, den 28. Oktober, bei den Fahrkartenausgaben Lehrter Bahnhof, Schließlicher Bahnhof, Spandau, und Nauener, sowie bei folgenden Ausgabestellen des Mittel-europäischen Reisebüros: Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Wertheim, Leipziger Straße, Kaufhaus des Westens, Hagen, Unter den Linden 8, Reisebüro, unter den Linden 57/58.

Der ungeklärte Tod des Arbeiters Wegkopf aus der Postfahnenstraße 17 beschäftigt die Kriminalpolizei weiter. Eine Reihe von Zeugen wurde vernommen. Festgestellt wurde, daß die Eheverhältnisse nicht besonders gut waren und daß auch der erste Mann der Frau Wegkopf an einer Gasvergiftung gestorben ist. Die Frau befreit im Krankenbause jede Schuld an dem Tode ihres Mannes. Beamte der Gasanstalt untersuchen heute die Gasleitung in der Wohnung, um bestimmt festzustellen, ob sie dicht ist oder nicht.

Das Volksbildungsamt Reinickendorf veranstaltet am Dienstag, den 27. Oktober 1925, abends 7^{1/2} Uhr, in der Aula des Realgymnasiums in Reinickendorf, Berner Straße, ein Konzert des Regier.-Ausschusses. Zum Vortrag gelangen vierstimmige Chöre von Mozart, Becher, Mendelssohn-Bartoldy u. a., sowie die Ballade für Sopranchor „Der Godeganz“ von Dreslauer, und heitere Deklamationen.

Freiwilliger Tod für einen Ehebruch. Im deutsch-böhmischen Grenzort Lindenau bei Böhmisch-Jwizkau hatte der Fellschneider Wajzel, der in glücklicher Ehe lebte, sich doch in einer schwachen Stunde zu einem ehelichen Fehltritte verleiten lassen. Dafür hat er sich selbst eine jurchthare Strafe diktiert: er ging hin und erhängte sich.

Ein flüchtiger Oberpostsekretär. Der Oberpostsekretär Georg Schuch vom Postamt in Düren ist seit Sonnabend morgen unter Mitnahme von 36 000 Reichsmark flüchtig. Schuch, ein geborener Elbfürer, ist im Besitz eines französischen Reisepasses.

Aus der Partei.

Die Bestattung unserer verstorbenen Genossin Elise Dartsch findet im Krematorium in Hannover statt. Die Leiche wird heute nachmittags von Berlin nach der Heimatstadt der Verstorbenen Hildesheim, übergeführt. Die Leiche wird dort im Gemeindefriedhof aufgebahrt. Am Donnerstag, um 4^{1/2} Uhr, findet eine Beerdigung statt. Der Parteivorstand wird durch Genossin Suchacz, die Reichstagsfraktion durch Genossin Bohm-Schuch vertreten sein.

Gewerkschaftsbewegung

ASA-Bundesauschuss und Reichswirtschaftsrat

Am weiteren Verlauf der ASA-Bundesauschussung referierte der Butab-Geschäftsführer Schweizer über den Entwurf eines Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat und den Entwurf zur Ausführung dieses Gesetzes. Die lebhafteste Aussprache führte zur einstimmigen Annahme der nachstehenden Entschlüsse:

Der Bundesauschuss des Allgemeinen freien Angestelltenbundes hat in seiner Sitzung vom 26. Oktober 1925 von dem wesentlichen Inhalt der Referentenentwürfe eines Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat und eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat Kenntnis genommen. Er bedauert, den Referentenentwürfen in der vorliegenden Fassung vor allem aus folgenden Gründen nicht seine Zustimmung geben zu können:

1. In den Referentenentwürfen ist mit keinem Wort von einer Änderung des bestehenden Zustandes in der Unterstufe der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsvertretungen, d. h. bei den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und Landwirtschaftskammern, die Rede. Daraus muß der Schluß gezogen werden, daß die Regierung beabsichtigt,

Diese Kammern als reine Unternehmervertretungen weiterbestehen

zu lassen. Diese Absicht ist mit dem Wortlaut und Sinn des Artikels 165 der Reichsverfassung, der die Arbeiter und Angestellten dazu beruft, gleichberechtigt mit den Unternehmern an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken, unvereinbar. Sie fordert um so mehr zum Widerspruch heraus, als der Verfassungsausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates bereits Ende 1922 Vorschläge für die Umgestaltung dieser Kammern verabschiedet hat. Es muß deshalb gefordert werden, daß gleichzeitig mit der Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrates die

Umgestaltung der bestehenden öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen

im Sinne einer gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der Lösung ihrer Aufgaben vorgenommen wird.

2. Durch die Absicht, neben den Abteilungen der Unternehmer (I) und der Arbeitnehmervertreter (II) noch zwei Abteilungen (III und IV), die zusammen mehr als ein Drittel der Mitglieder des endgültigen Reichswirtschaftsrates umfassen sollen, an Stelle der im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat bestehenden Abteilung III zu bilden, würde der Einfluß der Arbeitnehmer auf die tatsächlichen Entscheidungen des Reichswirtschaftsrates noch weiter beeinträchtigt als bisher. Dazu kommt, daß durch die

beabsichtigte Zusammensetzung der künftigen Abteilung III

die Parität im endgültigen Reichswirtschaftsrat entscheidend zuungunsten der Arbeitnehmer durchbrochen würde. Es muß gefordert werden, daß es auch im endgültigen Reichswirtschaftsrat bei drei Abteilungen bleibt, daß die dritte Abteilung im Verhältnis zu den beiden anderen Abteilungen nicht stärker wird als sie im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist, und daß sie eine Zusammensetzung erhält, die Gewähr dagegen bietet, daß die Parität zugunsten der Arbeitnehmer besteht wird.

3. Entschieden muß der aus den Referentenentwürfen ersichtliche Wunsch widerstanden werden, den endgültigen Reichswirtschaftsrat

vollkommen an das Gängelband der Regierung

zu nehmen. Diese Absicht tritt nicht nur in den Bestimmungen der §§ 34 (Wortlaut in den Ausschüssen), 26 (Bildung von Sonderausschüssen) und 30 (Abhaltung gemeinsamer Ausschusssitzungen) zutage, sondern vor allem in den Bestimmungen über den Ausschuss zur Untersuchung tatsächlicher Verhältnisse auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet. Diese Bestimmungen in den Referentenentwürfen müssen so geändert werden, daß die unabhängige und selbständige Stellung des Reichswirtschaftsrates gegenüber der Regierung gesichert erscheint.

Was die Vertretung der Angestellten im endgültigen Reichswirtschaftsrat anlangt, so hat der Ausschuss Bedenken gegen die beherrschende und unklare Bestimmung des Referentenentwurfes für das Ausführungsgezet, wonach sich unter den 41 Mitgliedern der Abteilung II „in angemessener Zahl“ Vertreter der Angestellten befinden müssen. Es muß gefordert werden, daß den Angestellten eine solche Zahl von Vertretern im Gesetz gesichert wird, daß wenigstens die wichtigsten Berufsgruppen der Angestellten eine ständige Vertretung im Reichswirtschaftsrat bekommen.

Der Bundesauschuss beauftragt den Bundesvorstand, diese Forderungen gegenüber der Regierung und dem Reichstag mit Nachdruck zu vertreten. Er ersucht

die freigewerkschaftlichen Angestelltenvertreter im Verfassungsausschuss

des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates darauf zu achten, daß diese Gesichtspunkte auch bei der Begutachtung der Referentenentwürfe durch den Verfassungsausschuss berücksichtigt werden.

Die Stellungnahme des ASA-Bundesauschusses zum Arbeitsgerichtsgesetz und zum endgültigen Reichswirtschaftsrat wird bei der Verabschiedung der Gesetze berücksichtigt werden müssen.

Der Streik im Kohlengroßhandel.

Die Kohlenhändler wollen sich rechtfertigen.

An den Eingängen zu den Kohlenplätzen prangte heute morgen ein Plakat folgenden Inhalts:

„An die Arbeiter des Kohlenhandels! Trotsdem unsere Beauftragten in den Verhandlungen am 24. d. M. ihre Bereitwilligkeit zu weitgehenden Zugeständnissen des Spruches des Schlichtungsausschusses vom 2. d. M. zum Ausdruck gebracht, und trotzdem der Schlichter noch nicht seinen Spruch gefällt hat, ist heute die Arbeit niedergelegt worden.“

In Anbetracht dessen, daß es sich hier um einen wilden Streik handelt, fordern wir hiermit die Arbeiter auf, die Arbeit unverzüglich aufzunehmen und zwar zu den bisherigen Sätzen, bis eine rechtmäßige Regelung getroffen ist.

Berlin, den 26. Oktober 1925.

Verband der Berliner Kohlenhändler E. B.

Dieser Schreckschuß hat die beabsichtigte Wirkung verfehlt. Die Reihen der Streikenden sind durch solche Kniffe nicht ins Wanken zu bringen. Die Kohlenarbeiter und Aufsicht wissen, daß ihnen der Lohn, der ihnen vom Schlichtungsausschuss vom 2. Oktober ab zugesprochen war, von den Unternehmern vorenthalten werden sollte. Wenn bei den Arbeitgebern die Bereitwilligkeit, mit der sie hier prahlen, wirklich vorhanden wäre, dann hätten sie sich ohne weiteres bereit erklärt, die Lohnsätze ab 2. Oktober zu zahlen, zumal die Arbeitnehmer ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, die Geltungsdauer des Vertrages um weitere zwei Wochen zu verlängern. Um die Sache der Arbeiter muß es schlecht bestellt sein, wenn sie zu solchen faulen Ausreden ihre Zustimmung nehmen müssen.

25 Kohlenfirmen haben den Vertrag bereits anerkannt, so daß mit einer baldigen Beilegung des Kampfes auf der ganzen Linie zu rechnen ist.

Der Tarifkonflikt bei der Hochbahn.

Der Schlichter für Groß-Berlin, Abg. Wiffel, beschäftigte sich am gestrigen Montag mit dem Antrag der Hochbahngesellschaft auf Verbindlichkeitsklärung des vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedsspruches über den Manteltarif für das Fahrpersonal. Nach Anhörung der beiden beteiligten Parteien befehlt sich der Schlichter seine Entscheidung vor.

Arbeitsniederlegung in der Likörfabrik Kahlbaum.

Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter wird uns mitgeteilt, daß die bei der Firma Kahlbaum beschäftigten Arbeiter am heutigen Tage wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt haben. Das alte Lohnabkommen hatte am 15. Oktober sein Ende erreicht. Ein vom Schlichtungsausschuss gefällter Schiedsspruch ging dahin, daß ab 1. November 1925 bis 28. Februar 1926 eine Lohnerhöhung von wöchentlich 1,50 M. eintreten soll. Die Streikenden finden diese Lohnzulage und die Dauer der Festsetzung den heutigen Verhältnissen nicht entsprechend. Weder zu einer Erhöhung der Löhne noch zu einer Verkürzung der Dauer des Lohnabkommens war die Firma bereit.

Die Aussperrungswut in der chemischen Industrie.

Der Kampf in der chemischen Industrie nimmt gewaltige Dimensionen an. Der Arbeitgeberverband hat seine Drohung, den Streik mit einer Aussperrung zu beantworten, in die Tat umgesetzt und will durch diese Maßnahme erreichen, daß die Arbeiter des Frankfurter Bezirkes bis zum 31. März 1926 auf jede Lohn-erhöhung verzichten. Trotsdem bekanntlich in den weitesten Kreisen der chemischen Industrie eine Lohnerhöhung von 5 bis 7 Pf. pro Stunde bewilligt wurde. Bisher hat der Arbeitgeberverband noch mit keinem Worte begründet, weshalb nun gerade für den Frankfurter und badischen Bezirk diese Lohnerhöhung nicht bewilligt werden könne.

Soweit bis jetzt übersehen werden kann, werden im Laufe der nächsten Tage in einer großen Anzahl Betriebe 15413 Arbeiter, nach Ablauf der Kündigung, die in einer Anzahl Betriebe ausgesprochen ist, weitere 5600 Arbeiter ausgesperrt. Dazu kommt die Zahl der Streikenden von 6200, sodaß insgesamt im Verlaufe der nächsten Woche etwa 27000 Arbeiter in den Kampf hineingezogen werden.

Im allgemeinen kann gefagt werden, daß den Arbeitgebern ansehend bei ihrer Aktion nicht wohl zumute ist. Ein Teilsperrüberhaupt nicht aus, ein anderer Teil kündigt auf 14 Tage, obwohl überhaupt keine Kündigungsfrist vereinbart, wohl dem Grundsatz huldigend „Zeit gewonnen, ist alles gewonnen“.

Die Gewerkschaften werden sich durch das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes nicht beirren lassen und sehen dem ohne Zweifel hart werdenden Kampfe mit Ruhe entgegen.

Schiedsspruch im rheinischen Straßenbahnerstreik.

Dortmund, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Gesamtsitzung der Straßenbahner Rheinlands und Westfalens wurde am Montag unter Vorsitz des stellvertretenden Schlichters folgender Schiedsspruch gefällt: 1. Der bisherige Lohnsatz wird bis zum 14. Oktober verlängert. 2. Ab 15. Oktober 1925 wird der Spitzenlohn um 4 Pf. je Stunde erhöht. Die übrigen Lohnsätze verändern sich in gleichem Verhältnis. 3. Die Zulage für Kassenschaffner und Fahrcheinausgeber wird ab 15. Oktober um 10 Pf. je Schicht

erhöht. 4. Diese Regelung kann mit monatlicher Frist erstmalig zum 28. Februar 1926 geändert werden. 5. Die Arbeit wird in den betroffenen Betrieben wieder aufgenommen unter Ausschaltung beiderseitiger Maßregelungen. 6. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 28. Oktober 1925.

Der Straßenbahnerstreik in Rheinland-Westfalen.

Essen, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Eine Sitzung der Vertrauensleute aller beteiligten Organisationen der Straßenbahnangestellten nahm zu dem gefällten Schiedsspruch Stellung. Die Versammlung beschloß mit Rücksicht auf das Verhalten des Arbeitgeberverbandes, der beim Schlichter eine Annahmefrist von 8 Tagen verlangte, die aber auf Drängen des Betreibers des Reichskommissars auf den 28. Oktober festgesetzt wurde, den Kampf zumindest bis Mittwoch bzw. Donnerstag weiterzuführen.

Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau.

Essen, 27. Oktober. (M.B.) Bei den gestrigen Verhandlungen wurde von den Bergarbeiterverbänden eine Lohnerhöhung um 15 Prozent beantragt. Wie angehts der Lage des Ruhrbergbaues zu erwarten war, sind die Verhandlungen ergebnislos verlaufen, da die Arbeitgeber erklärten, eine Lohnerhöhung unter keinen Umständen bewilligen zu können. Die Bergarbeiterverbände werden den Schlichter anrufen. Voraussichtlich werden die Schlichtungsverhandlungen am Donnerstag dieser Woche stattfinden.

Die Scharfmacherei in Hohenlimburg tobt weiter.

Hohenlimburg, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die erhoffte Entspannung in der Metallindustrie ist leider nicht eingetreten, da trotz der Annahme des Schiedsspruches auch durch die Arbeitgeber die beteiligten Firmen von jedem Arbeiter einen schriftlichen Verzicht auf höhere Löhne vor Aufnahme der Arbeit verlangten, was von den Arbeitern aus prinzipiellen Gründen abgelehnt wurde. In verschiedenen Veranlassungen wurde beschlossen, unter diesen Umständen die Arbeit bei den ursprünglich bestreiten Firmen nicht aufzunehmen. Nur einige kleinere Werke erklärten sich zur Wiedereinstellung der Arbeiter bereit, ohne daran irgendwelche Bedingungen zu knüpfen.

Wirtschaft

Von Konsumgenossenschaftlichen Zentralbetrieben.

Die Umsätze der Großtaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, in den ersten neun Monaten des Jahres 1925 zeigen eine erfreuliche Vorwärtswegung.

Die Gesamtumsätze beziffern sich
vom Januar/September 1925 . . . 168 257 515,05 M.
1924 . . . 117 894 419,79 M.
mithin ein Mehrumsatz von 40 921 095,26 M. = 34,87 Proz.

An Erzeugnissen aus den eigenen Betrieben wurden in Worten umgelegt:

vom Januar/September 1925 für 25 094 014,78 M.
1924 . . . 18 884 708,46 M.
mithin ein Mehrumsatz von 6 209 306,32 M. = 32,88 Proz.

Ein Vergleich mit den Umsätzen der jüngsten Zeit bestätigt die Tatsache, daß die Umsätze nicht nur zahlenmäßig, sondern auch den Mengen nach um ein Bedeutendes gestiegen sind. Wie die Ergebnisse der verflochtenen drei Vierteljahre 1925 im Vergleich zu 1924 ausweisen, bewegen sich die Umsätze in aufsteigender Linie, auch hinsichtlich der Fabrikate aus den eigenen Betrieben.

Das Geschäftsergebnis der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, Hamburg, betrug in den Monaten Januar bis einschließlich September 1925 zusammen 5478301 M., gegen 4151358 M. in gleicher Zeit des Vorjahres. An dem Gesamtergebnis waren beteiligt: die Druckerei- und Papierwarenfabrik mit 3651714 M. (2223516 M.), das Versicherungswesen mit 1785743 M. (1894795 M.) und das Elektrizitätswesen mit 11475 M. (9407 M.).

Die Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft Volksfürsorge in Hamburg kündigt eine sehr beachtliche neue Leistung für ihre Versicherten an. Mit Genehmigung des Reichsaufsichtsamtes wird die Volksfürsorge ihren Versicherten, sofern für sie eine monatliche Prämie in der Volksversicherung von mindestens 2 M. entrichtet wird, ab 1. November 1925 eine „Gratis-Unfallversicherung“ auf den Todesfall in gleicher Höhe gewähren, so daß ohne Zahlung irgendeiner Zusatzprämie beim Tode infolge eines Unfalls stets die doppelte Versicherungssumme zur Auszahlung gelangt. — Bei der Lebensversicherung wird eine Mindestprämie zur Vorauszahlung für die Sonderleistung der Volksfürsorge nicht gefordert. Sowohl in der Volks- als auch in der Lebensversicherung wird die Höhe der Sonderleistung in jedem einzelnen Fall auf 3000 Reichsmark nach oben begrenzt sein. — Auch diese neue Leistung der von Tag zu Tag wachsenden Volksfürsorge dürfte der erfolgreichen Verarbeitung ihrer Funktionäre allüberall zur Erreichung neuer Erfolge dienen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Gatenau; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Calmann; Reichsleitung: R. A. Böcher; Soziales und Konsum: Fritz Ruchardt; Anzeigen: E. B. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Springer u. Co., Berlin E. B. 66, Lindenstraße 3.

Allgem. Ortstrankenkasse Bin.-Wilmsdorf, Kaiser-Allee 173a.
Bekanntmachung!
Auf Grund des Wahlgesetzes für die Wahl der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zum Ausschuss unterer Stelle vom 24. September 1925 sind seitens der Arbeitgeber zwei gültige und seitens der Arbeitnehmer nur ein gültiges Wahlzettel eingereicht worden.
Der von Herrn Bauvermeister Heinrich einzureichende Wahlzettel der Arbeitgeber hat die „Ordnungsnummer 1“ erhalten und beginnt mit dem Namen: **Heinrich**, und endet mit dem Namen: **Schaber**.
Der von Herrn Kaufmann Schiemann einzureichende Wahlzettel der Arbeitnehmer hat die „Ordnungsnummer 2“ erhalten und beginnt mit dem Namen: **Schiemann**, und endet mit dem Namen: **Schiemann**.
Die beiden benannten Wahlzettel der Arbeitgeber sowie der Wahlzettel der Arbeitnehmer, beginnend mit dem Namen: **Ernsthardt**, und endend mit dem Namen: **Schiemann**, entsprechen ihrem gesamten Inhalt nach den Vorschriften der Wahlordnung und liegen in der Zeit vom 24. Oktober 1925 bis zum Wahltag im Rathaus, Berlin-Wilmsdorf, Kaiser-Allee 173a, 1. Treppe (Rang), wochentags von 8 1/2 bis 1 Uhr zur Einsichtnahme aus.
Da seitens der wahlberechtigten Arbeitnehmer nur ein gültiger Wahlzettel, beginnend mit dem Namen: **Ernsthardt**, und endend mit dem Namen: **Schiemann**, vorliegt, findet eine Stichwahl statt, eine Wahl der Arbeitnehmer nicht statt, sondern es sollen die beiden wahlberechtigten Bewerber als einzige Vertreter der Arbeitnehmer zum Ausschuss (8 1/2 der Wahlordnung).
Da seitens der Arbeitgeber zwei gültige Wahlzettel vorliegen, muß die Wahl, wie oben beschrieben,
am Dienstag, den 10. November 1925, nachmittags von 4-8 Uhr, im Hofenlokal, Bin.-Wilmsdorf, Kaiser-Allee 173a, 1. Treppe, stattfinden. Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß gemäß § 11 der Wahlordnung der Wahlzettel nur in Berlin ausgestellt werden kann, daß weiter keine Wahlzettel nach wahlberechtigter Wahlzettel der Arbeiter, die mit der Wahlordnung im Widerspruch sind.
Die Urzettel sollen die Bestimmungen der Wahlordnung und Wahlordnung, die Bestimmungen der wahlberechtigten Vertreter beginnt mit dem 1. Januar 1926 und endet mit dem 31. Dezember 1926.
Der Vorstand der Allgemeinen Ortstrankenkasse Bin.-Wilmsdorf, R. Ernsthardt, Vorsitzender, Fr. Schiemann, Schriftführer.

FLORA-
Variété
Krause-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
1. Tel. 1011/1012

In riesiger Auswahl!
Künstler-Garnituren weiß, 10- 3.60
7- 8- 6.50
Künstler-Garnituren bunt, 16- 6.50
12- 9- 18.75
Dunkel Madras-Fall-Garnit. 25- 2.50
Halbstores 8- 6- 4.50
Bettedecken 1- und alle Preislagen
2betzig 17.50
Steppdecken doppelseitig, Satin 28- 24.30
Gobelin-Tischdecken 22.75 16- 12.00
Gobelin-Diwandecken 30- 24- 18.00
Teppiche 2x3 m 125- 95- 65- 30.00
Läuferstoffe pro Meter von 2.00 an
Vorleger von 6.00 an
Alle Waren ohne Aufschlag bei Teilzahlung - Lieferbar bei Anzahlung
Sächsisches Gardinen- und Einrichtungsbau
nur Neukölln, Hermannstr. 32

Sie kugeln sich vor Lachen

Bel der Lektüre des
Republikanischen Witzblattes
LACHEN LINKS
Das aktuellste politische
Witzblatt, in künstlerisch hochwertiger
Ausführung
Jede Nummer kostet 20 Pf.
Zu beziehen durch:
die Botenfrauen des Vorwärts

Kaufen Sie!
Teppiche, Tisch- u. Diwandecken
Gardinen
nur bei uns im Spezialgeschäft
Sie werden kulant,
auf beste und
außerordentlich
billig bedient.
Eoorme Auswahl
erstkl. Fabrikate
Ohne Aufschlag
Ist. wir die Waren
sollt auf bequeme
Ratenzahlung.
Sächsisch, Gardinen- u. Einrichtungsbau
nur Neukölln
Hermannstr. 32

Küchen
Riesen-Auswahl, enorm preiswert!
Auricht-Ecke Geyr . . . 85 K. 130 K.
Auricht-Ecke Murr . . . 95 K. 150 K.
Auricht-Ecke Bruner . . . 150 K. 215 K.
Küchenmöbel-Fabrik
Laserstein, Ludauer Straße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz
Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.
Der gute Kapitän-Kantabak
C. Böcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgt. 3663